

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/229

29. November 1972

Das "Nein" der Berliner CDU

Selbstgefälligkeit als Ersatz für Politik

Von Kurt Neubauer
Bürgermeister von Berlin

Seite 1 und 1a / 55 Zeilen

Für diese Dekade gut gewappnet

Die Bundeswehr in den 70er Jahren

Von Werner Buchstaller MdB

Seite 2 / 51 Zeilen

Kein Mut zu klaren Worten?

Presserat wird seiner Aufgabe nicht gerecht

Seite 3 / 29 Zeilen

Für 1973: Chancen im Risiko

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Auf dem Wege zur "Sozial-Union"

Progressive Entwicklung der Europa-Gemeinschaft

Von Helmut Rohde MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 6 bis 8 / 138 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-1b
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 37 - 38
Telex: 888 846 / 888 847
888 843 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
6300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 69 11

Das "Nein" der Berliner CDU

Selbstgefälligkeit als Ersatz für Politik

Von Kurt Neubauer
Bürgermeister von Berlin

Nun hat sich also - gegen alle Vernunft, aber auch nicht völlig unerwartet - die Berliner CDU gegen den Grundvertrag ausgesprochen. Barzels selbstgerechtes "so nicht" scheint sich auch in den unteren Regionen der CDU durchzusetzen, obgleich man spätestens seit dem 19. November wissen mußte, wie weit man sich mit den ständigen Nörgeleien an der Entspannungspolitik der sozialliberalen Bundesregierung von den Interessen einer wachsenden Mehrheit unseres Volkes entfernt hat. Man mag die Haltung der Berliner CDU enttäuschend finden, immerhin erleben doch die Berliner CDU-Politiker hier an Ort und Stelle jene menschlichen Erleichterungen, von denen der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ungerügt sagen könnte, sie seien nicht der Rede wert. Überraschend kann das "Nein" der Berliner CDU allerdings nur für den kommen, der in den letzten drei Jahren die selbstgefällige Besserwisserei der Führungsgruppe um Lummer und Lorenz für ein alternatives Konzept zur Deutschland- und Berlin-Politik der Bundesregierung und des Senats gehalten haben sollte.

In der Stellungnahme der Berliner CDU zum Grundvertrag findet sich ein Satz, der es verdient, zitiert zu werden. Er lautet: "Der Grundvertrag wird nach Lage der Dinge neue Realitäten setzen, die das Schicksal Berlins maßgeblich beeinflussen. Es ist zu befürchten, daß diejenigen, die bisher die Anerkennung der Realitäten gefordert haben, dies auch in Zukunft tun werden."

Hier haben wir in schöner Offenheit wieder einmal die Position, von der die CDU noch immer meint, es handele sich um Politik.

Es sind in der Tat Realitäten anerkannt worden, und diese Realitäten waren bitter. Aber wir haben daraus Konsequenzen ge-

zogen. Die wichtigste Konsequenz war, aktiv in das Entstehen neuer Realitäten einzugreifen. Um Berlins und der Berliner Willen ist es höchst bedenklich, daß die CDU offenbar nicht begreifen will, daß wir Ausgangspunkte für eine positive Entwicklung gesetzt und gewahrt haben, damit die Zeit nicht länger gegen uns arbeitet, gegen die Situation West-Berlins; gegen die Einheit der Nation. Will die CDU wirklich nicht verstehen, daß Entspannung notfalls auch ohne unser Zutun auf der internationalen Tagesordnung steht, und daß wir nicht zum Hemmschuh werden dürfen?

Wer Berlin, wie die Berliner CDU mit ihrem "Nein" zum Grundvertrag es jetzt tut, von dieser Tagesordnung gewollt oder ungewollt ausklammert, löst die negativen Folgen aus, die er angeblich vermeiden will. Der Senat wird nicht zulassen, daß Berlin zur Isolierstation der weltweiten Entspannungspolitik wird.

Worauf es jetzt ankommt ist, daß alle demokratischen Kräfte gemeinsam daran gehen, die neuen Realitäten zu nutzen. Diese neuen Realitäten haben zum Inhalt, daß wir erstmals aus der Rolle des Objekts in die Rolle des handelnden Objekts getreten sind. Je geschlossener wir handeln, desto größer wird der Erfolg sein.

Auch CDU-Politiker wissen, daß die Menschen in der DDR unsere Politik begrüßen. Davon kann sich jeder im Kreise seiner Freunde und Bekannten in der DDR überzeugen. Wir meinen, daß unsere gegenwärtige Politik den Anspruch, im Interesse der ganzen Nation zu handeln, voll entspricht. Sie entspricht damit auch voll den Interessen Berlins, das erstmals eine sichere Zukunft mit unbestrittener Bindung an die Bundesrepublik Deutschland vor sich sieht.

Dies ist der Ansatzpunkt einer Politik gemeinsamer Anstrengungen für die Zukunft. Hier sind alle, die von Berlin nicht nur leben wollen, eingeladen, diese Zukunft gestalten zu helfen.

(~/29.11.1972/bgy/ex)

+ + +

Für diese Dekade gut gewappnet

Die Bundeswehr in den 70er Jahren

Von Werner Buchstaller MdB

Drei Jahre sozialdemokratisch verantwortete Verteidigungspolitik haben innerhalb des NATO-Bündnisses eine engere Zusammenarbeit aktiv mitbewirkt und innerhalb der Bundeswehr die größten Mängel abgestellt sowie längst überfällige Reformen eingeleitet. Als vorläufiges Schlußglied einer Kette von Reformbestrebungen in den Streitkräften kann der Bericht der Wehrstrukturkommission betrachtet werden, die die personelle Zusammensetzung sowie die organisatorische Gliederung der Bundeswehr analysiert und anschließend mögliche Reorganisationsvorstellungen und Denkmodelle entwickelt hat.

Ausnahmslos stehen alle Armeen in West und Ost vor dem Problem der ständig steigenden Personal- und Betriebskosten einerseits und den ebenfalls ansteigenden Kosten der Wehrforschung und Investitionen andererseits. Da jedoch die Bewältigung von gesellschaftspolitischen Aufgaben gleichermaßen wichtig und aufwendig ist, sind alle Staaten daran interessiert, einen ausreichenden beständigen Grad an äußerer Sicherheit zu möglichst billigeren Preisen zu erzielen. Dieses an sich profane, jedoch sehr verständliche Grundmotiv herrscht bei den SALT-Verhandlungen der beiden Supermächte unter anderem ebenso vor wie bei den Vorgesprächen für eine "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa".

Sozialdemokratische Verteidigungsminister haben bereits frühzeitig erkannt, daß im Atomzeitalter die Qualität der Quantität von Streitkräften vorzuziehen sei. Dabei gelten für Umfang und Struktur des militärischen Personals folgende Bestimmungsgrößen:

- die allgemeine sicherheitspolitische Lage,
- die verfügbaren Haushaltsmittel und
- die waffentechnische Entwicklung.

Mit diesen Kriterien werden auch die umfangreichen Vorstellungen der unabhängigen Wehrstrukturkommission zu messen sein. Der Bericht stellt heraus, daß am Prinzip der Wehrpflicht festgehalten werden müsse, weil jede andere Form einer Freiwilligen- oder Berufsarmee unter gleichen strategischen Bedingungen für die Bundesrepublik Deutschland finanziell untragbar sei. Ferner soll das große Reservistenpotential von zwei Millionen Soldaten in sogenannten Kaderverbänden sinnvoll eingesetzt und weitergebildet werden. Damit würde ein bisher unbefriedigender Zustand unter den Reservisten aufgehoben. - Die Mitglieder der Wehrstrukturkommission waren sich in ihrem Gremium über eine sogenannte Ausgleichsabgabe uneinig, die Dienende finanziell besser stellt und Nichtdienende finanziell belastet. Es dürfte in der Bundesrepublik nicht einfach sein, eine in der Schweiz gewachsene und praktizierte Tradition der sogenannten Wehrstruktur auf unsere jungen demokratischen Verhältnisse zu übertragen. Die Kommission war sich sicherlich darüber bewußt, mit diesem Thema in der Bundesrepublik eine Diskussion mit dem Ziel in Gang zu setzen, eine optimale Gleichbehandlung aller zum Dienst an der Gesellschaft heranwachsenden jungen Männer wirklich zu erreichen. Dieses wird eine lohnende, wenn auch mühselige Arbeit aller Verantwortlichen werden. Die im Verteidigungsbereich erarbeiteten Konzeptionen lassen den Schluß zu, daß die Bundeswehr für die 70er Jahre gut gewappnet ist.

Kein Mut zu klaren Worten ?

Presserat wird seiner Aufgabe nicht gerecht

Aufgabe des Deutschen Presserats ist es unter anderem vor-
dringlich, Mängel im Pressewesen aufzudecken und möglichst auch
abzustellen. Hierzu wäre auf der letzten Sitzung in Berlin Anlaß
genug gewesen. Jedermann erinnert sich noch an die zurückliegende
Wahlkampfzeit, wo Pressekonzerne mit Eifer und zeitweilig auch
mit Übereifer durch Falschmeldungen oder Nachrichtenmanipulation,
durch Mißtöne und Unterstellungen versucht haben die Wähler zu be-
einflussen: glücklicherweise vergeblich, was aber nichts daran
ändert, daß alle Fehlleistungen auf den Tisch gelegt werden müssen.

Nur hat sich der Presserat auch mit der Wahlkampfberichter-
stattung befaßt. Was dabei herauskam, war jedoch mehr als mager.
Das "unabhängige" Gremium von Verlegern und Journalisten erhob
den Zeigefinger und warnte davor, die Presspolemik des Wahlkampfes
fortzusetzen. Allerdings mit einer Beschwerde des "Storn"-Chef-
redakteurs Henri Nannen befaßte sich der Rat der Presse-Weisen nicht.
Nannen hatte den Presserat darauf hingewiesen, daß die "Welt" ein
Anzeigenblatt gekauft hatte. Dazu nun hat der Presserat kein
deutiges Wort gesagt. Da genügt nicht die lapidare Erklärung: "Es
entspricht fairem Journalismus, Zitate genau zu überprüfen und
falsche Zitate umgehend zu berichtigen". Mit dieser verbalen Warnung
allein ist es nicht getan. Hier wäre eine klare Sprache erforder-
lich, zu der es dem Presserat aber offensichtlich an Mut fehlte.

Alles in allem werden medienpolitische Überlegungen um so
dringlicher, den Übermächtigen im Pressewesen eine demokratische
Kontrolle entgegenzusetzen. Die medienpolitischen Beschlüsse der SPD
liegen seit einem Jahr vor. Jetzt gilt es, diese Beschlüsse in Ge-
setzestexte einzubauen. Journalistische Auswüchse, wie sie während
des Wahlkampfes zu verzeichnen waren, müssen endgültig der Vergangen-
heit angehören.

Gode Japs

(-/29.11.1972/ks/ex)

Für 1973: Chancen im Risiko

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates

In ihrem Gutachten 1972 lassen die "Fünf Weisen" keinen Zweifel daran, daß die konjunkturelle Lage längst nicht so ernst ist, wie das manch einer den Bundesbürgern vor Jahresfrist und erst recht während des Wahlkampfes einzureden versuchte. Sie stellen jedoch auch fest, daß es keine Veranlassung zum Jubeln gibt oder um die Hände in den Schoß zu legen.

Insofern ist nicht ohne diffizile Problematik, was getan werden muß. Das von den "Fünf Weisen" empfohlene Maßnahmenbündel umfaßt in der Tat sämtliche denkbaren marktwirtschaftlichen Mittel. Dabei können allerdings nur Nicht-Fachleute übersehen, daß ein besonderes Gewicht auf die sogenannte konjunkturelle Feinsteuerung gelegt wird. Also: Die Konjunkturpolitik kann in der nächsten Zeit nicht nach dem Motto "auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil" verfahren.

Was einst "Aufschwung nach Maß" genannt wurde, heißt nun "gedämpfte Expansion". Beide Synonyme umschreiben im Grunde nichts anderes als den dringenden Appell, daß sich keiner der am Wirtschaftsprozess auch nur irgendwie Beteiligten übernehmen soll. Das gilt für den Staat, für die Bürger, für die Unternehmer und für die Gewerkschaften.

Das Risiko für die Chancen dieses Appells liegt in der inzwischen steril gewordenen Unart, daß niemand der sein möchte, auf dessen "Rücken Preise und Konjunktur stabilisiert" werden - wohl fürchtend, sein Image könne leiden. Aber die konjunkturellen Klimazonen, auf die die deutsche Wirtschaft losdriftet, lassen solche Kraftakte narzistischer Selbstdarstellung nicht ungestraft zu.

Niemand sollte sich täuschen lassen: Inflationierende Schlaglöcher lassen sich für kurze Zeit verkraften, auf die

Dauer gehen bei Überbeanspruchung aber die besten Stoßdämpfer kaputt. Also wird der Bund kaum zu neuen Leistungszusagen in der Lage sein.

Denn die von den Gutachtern empfohlene Feinststeuerung kann auch so verstanden werden, daß es nicht unbedingt ratsam ist, mit Brachial-Maßnahmen die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der Volkswirtschaft zu erproben. Exakt das Gleiche gilt aber auch für die Tarifpartner, für deren gesamtwirtschaftlich verträgliches Verhalten die "Fünf Weisen" ziemlich genaue Richtzahlen genannt haben. Sie benachteiligen auf der einen Seite keinen, räumen aber auf der anderen Seite auch niemandem einen Vorteil ein.

Das Gutachten 1972, diese Beschwörung der Vernunft, gilt aber nicht nur der öffentlichen Hand und den Tarifpartnern. Auch andere gesellschaftliche Gruppen sollten sich hinter den Spiegel stecken, was das Gutachten - sozusagen implicite - sagt: Daß es nämlich ein Unding ist, das zur Erpressung geraten kann, wenn man Gruppen, Gruppierungen und Grüppchen Forderungen ultimativer Art an die Bundesregierung formulieren. Gerade sie sollten zur Nicht den Blick für das Maß des Möglichen verlieren.

Die Konjunkturpolitik für die Jahre 1973 und 1974 ist keine Fernsehunterhaltung nach dem Motto "Alles oder Nichts". Politische und ökonomische Extreme haben kaum eine lange Lebensdauer. Deshalb gilt es nun, das wild wuchernde Wachstum unter Kontrolle zu bringen: das der Preise, der Staatsausgaben und -einnahmen, der Gewinne und der Löhne - vor allem aber das der hemmungslos eskalierenden Wünsche nach staatlichen Leistungen.

Theodor Trennes
(~/29.11.1972/ks/ex)

Auf dem Wege zur "Sozial-Union"

Progressive Entwicklung der Europa-Gemeinschaft

Von Helmut Rohde MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Durch die Europäische Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 hat auch die Sozialpolitik neue Impulse und neuen Auftrieb erhalten. Von den Staats- und Regierungschefs wurde unterstrichen, daß einem energischen Vorgehen im sozialpolitischen Bereich die gleiche Bedeutung zukomme wie der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie haben die Organe der Gemeinschaft aufgefordert, bis zum 1. Januar 1974 auf der Grundlage von Anregungen, die von den Staats- und Regierungschefs sowie von der Kommission im Verlauf der Gipfelkonferenz gegeben wurden, ein Aktionsprogramm mit konkreten Maßnahmen zu verabschieden.

Dieses Aktionsprogramm muß dazu beitragen, dem Bürger die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft bewußt zu machen. Die Gemeinschaft muß sich, wie Bundeskanzler Willy Brandt erklärte, als auf dem Wege zur "Sozial-Union" verstehen. Die Festigkeit, die Selbstdarstellung Europas in der Welt und seine politische Anziehungskraft sind mit dem sozialen Inhalt seiner Politik verbunden.

Die Bundesregierung hat auf der Gipfelkonferenz einen entscheidenden Impuls für die Ausprägung des Sozialen in der Politik gegeben. Vom Kanzler wurde der Vorschlag für ein Aktionsprogramm gemacht. Zu seiner inhaltlichen Entwicklung hat die Bundesregierung auf der Gipfelkonferenz ein Memorandum für die europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik vorgelegt. Dieses Dokument hat bei den übrigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eine positive Aufnahme gefunden. In einer Ratssitzung in Brüssel sind Anfang November die Voraussetzungen für die Erarbeitung des Aktionsprogramms geschaffen worden. Es wurde beschlossen, daß die Kommission in Zusammenarbeit mit den Ständigen Vertretern der zuständigen Ressorts in den Mitgliedstaaten unverzüglich mit den Vorarbeiten für diese Programm beginnt.

Bereits Mitte Februar will sich der Rat erneut mit diesen Fragen beschäftigen. Im April soll dann eine Konferenz aus Vertretern der Kommission, des Rats und der autonomen Gruppen in den Mitgliedstaaten das Aktionsprogramm erörtern. Noch vor den Sommerferien will sich der Rat ein weiteres Mal mit dem zu erstellenden Aktionsprogramm befassen. Die November-Sitzung des Rats hat deutlich gezeigt, daß der Rat und die Kommission fest entschlossen sind, den Impuls, der von der Gipfelkonferenz ausgegangen ist, zu nutzen und in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Inhalt der deutschen Initiative

Soweit es das deutsche Memorandum angeht, das als Beitrag für die Erarbeitung des Aktionsprogramms auf der Gipfelkonferenz ein-

gebracht wurde, ist folgendes anzumerken: Die deutsche Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik enthält sowohl Leitlinien, als auch konkrete praktikable Schritte zu ihrer Verwirklichung. So soll schrittweise eine koordinierte Arbeitsmarktpolitik entwickelt werden. Hierzu sollte eine ständige Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsverwaltungen im Gemeinschaftsrahmen aufgenommen und intensiv gestaltet werden. Als erster Schritt soll eine zentrale Auskunftsstelle über die Arbeitsmarktlage und ihre Entwicklungstendenzen geschaffen werden. Es sollen alsbald gemeinsame Ziele entwickelt werden, die in geeigneter Weise der sozialen Flankierung der aus strukturellen Wandlungen sich ergebenden Folgewirkungen für die Arbeitnehmer dienen. Das Ziel muß sein, die Gemeinschaft als einen Raum der Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzsicherung zu verstehen.

Eine sozialfortschrittliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen in der Gemeinschaft soll stufenweise angestrebt und eine koordinierte Arbeitsschutzpolitik entwickelt werden. Für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie für den präventiven Gesundheitsschutz bei der Arbeit sollten der Erfahrungsaustausch in der Gemeinschaft intensiviert und Mindestnormen ausgearbeitet werden.

Die Initiative berücksichtigt, daß das ökonomische und soziale Schicksal der Arbeitnehmer maßgeblich von den Entscheidungen geprägt wird, die im Wirtschaftsprozess auf der Ebene von Unternehmen und Betrieb gefällt werden. Die Bundesregierung schlägt dementsprechend eine wirksame Beteiligung der Arbeitnehmer an Willensbildung und Entscheidung im Unternehmen und im Betrieb vor.

Je mehr mit fortschreitender Wirtschaftsintegration die Anzahl grenzüberschreitender Unternehmensverflechtungen zunimmt, desto dringlicher wird die ernsthafte Prüfung der Frage, welche Konsequenzen daraus für die Entwicklung von Tarifverträgen entstehen können. Dieser Gedanke wird im deutschen Memorandum aufgegriffen. Erörtert werden soll also, ob und in welcher Weise stufenweise die Rahmenbedingungen hierfür aufgestellt werden können. Die Überlegungen sollen in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der Mitgliedstaaten behandelt werden.

Katalog sozialer Grundprinzipien

Große Bedeutung mißt die Bundesregierung der Entwicklung und Verwirklichung gemeinschaftlicher Grundlinien sozialer Sicherung bei. Nach ihrer Auffassung sollte ein noch zu entwickelnder Katalog sozialer Grundprinzipien zur Basis der gemeinschaftlichen Weiterentwicklung und schrittweisen Annäherung der Sozialpolitiken gemacht werden. Es darf keine Inseln der Schutzlosigkeit geben; die Gemeinschaft muß zugleich ein Raum für soziale Stabilität und für die soziale Sicherung der in ihr lebenden Menschen sein. Nur auf diese Weise wird sich eine europäische Solidarität entwickeln, die eine dynamische Integration ermöglicht und gewährleistet.

Die Perspektive muß nicht bedeuten, daß die Sozialleistungssysteme in den Mitgliedstaaten schematisch über einen Leisten geschlagen werden. Sie soll vielmehr sicherstellen, daß die Quali-

täten der sozialen Sicherung der Menschen in der Gemeinschaft im Wege des Fortschritts einander angenähert werden.

Ausbildung, Beruf und Arbeit bestimmen in nachhaltiger Weise das wirtschaftliche und soziale Schicksal der Menschen. Als besonders wichtig wird daher die Erarbeitung einer gemeinschaftlichen Initiative auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung angesehen. Auf diese Weise sollen die Grundlagen für mehr Chancengleichheit der Arbeitnehmer im europäischen Rahmen gelegt werden.

Ein weiterer Abschnitt des deutschen Memorandums befaßt sich mit der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Es wurde vorgeschlagen, einen europäischen Regionalfonds zu schaffen, um die gravierenden regionalen Ungleichgewichte in der Gemeinschaft zu beseitigen. Die Konferenz hat der Erschaffung dieses Fonds bereits zugestimmt. Er soll bereits vor dem 31. Dezember 1972 eingerichtet werden. Er wird ab Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion aus Eigeneinnahmen der Gemeinschaft gespeist werden.

Aktionsprogramm für Umweltpolitik

Die Bundesregierung hat vorgeschlagen, daß die Gemeinschaft unverzüglich eine klar umrissene Umweltpolitik entwerfen soll. Eine europäische Umweltpolitik könne nicht allein von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt sein, sondern müsse zugleich nachhaltig gesellschafts- und sozialpolitischen Belangen Rechnung tragen. Qualitative Aspekte einer menschenwürdigen Umwelt dürften gegenüber quantitativen Gesichtspunkten wirtschaftlichen Wachstum nicht zurücktreten. Die Staats- und Regierungschefs haben die Bedeutung einer Umweltpolitik in der Gemeinschaft betont. Sie forderten die Organe der Gemeinschaft auf, bis zum 31. Juli 1973 ein Aktionsprogramm mit einem genauen Zeitplan auszuarbeiten.

Dieses umfangreiche Programm macht eine Verbesserung der sozialpolitischen Institutionen der Gemeinschaft notwendig. Nach Auffassung der Bundesregierung soll dem Wirtschafts- und Sozialausschuß ein Selbstbefassungsrecht zuerkannt werden. Der Ständige Ausschuß für Beschäftigungsfragen soll über den von ihm bisher wahrgenommenen Aktionsradius hinaus zunehmend Ort des Dialogs und der Konsultation zwischen Rat, Kommission und Tarifpartner für gesellschaftspolitisch relevante Fragen in der Gemeinschaft werden.

Der Übergang der Gemeinschaft in eine "Sozial-Union" erfordert die zunehmende Einschaltung der unmittelbar Betroffenen. Von ihnen sind wesentliche Impulse zur sozial- und gesellschaftspolitischen Weiterentwicklung zu erwarten. Die sozialliberale Bundesregierung wird auch in ihrer neuen Legislaturperiode an dieser Weiterentwicklung aktiv mitarbeiten. (-/29.11.1972/hgy/ex)